

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Niema Movassat, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**
– Drucksache 18/7039 –

Fluchtursachen bekämpfen

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Claudia Roth (Augsburg), Omid Nouripour, Luise Amtsberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 18/7046 –

Fluchtursachen statt Flüchtlinge bekämpfen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) ist die Zahl der Flüchtlinge in den letzten Jahren so rasant wie noch nie seit Beginn der Erfassung gestiegen. Weltweit sind knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Auch die Zahl der Flüchtenden, die in Europa ankommen, ist stark angestiegen. Nach Auffassung der Antragsteller tragen auch die westlichen Staaten, darunter Deutschland, einen beträchtlichen Teil der Verantwortung dafür, dass Menschen fliehen müssen. Der „Krieg gegen den Terror“ habe seit 2001 vielen Menschen das Leben gekostet und noch mehr Menschen heimatlos gemacht. Auch strukturelle Gewalt könne Menschen in die Flucht treiben. Dazu zählen nach Ansicht der Antragsteller auch die Freihandelsabkommen der Europäischen Union, die die Profite europäischer Konzerne erhöhen sollen und die zu Lasten sowohl der Lohnabhängigen und der Verbraucherinnen und Verbraucher als auch der kleinen Produzentinnen und Produzenten insbesondere in den Länder des Südens gehen. Auch der größere Energie- und Rohstoffverbrauch in den Industrieländern lasse die ökologische Schuld des Nordens weiter anwachsen. Migration könne ein wichtiger Bestandteil

von wirtschaftlicher Entwicklung sein, wenn legale Möglichkeiten zur Migration in die EU gefördert würden. Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung in dem Antrag zu einer ganzen Reihe von Maßnahmen oder Unterlassungen aufgefordert, die nach Ansicht der Antragsteller die Fluchtursachen bekämpfen. Dazu zählen unter anderem ein sofortiger Stopp deutscher Rüstungsexporte, ein Verbot von Nahrungsmittelspekulation, die Bekämpfung von Steuervermeidung und Steuerflucht multinationaler Konzerne und die Orientierung der Außenpolitik auf eine aktive Friedenspolitik.

Zu Buchstabe b

Der Anstieg der Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 ist größer als je zuvor. Über 60 Millionen Menschen sind weltweit durch Krieg, Verfolgung, Klimakrise und existenzielle Not gezwungen, ihre bisherige Heimat zu verlassen. Die Bewältigung der Krise erfordert nach Auffassung der Antragsteller eine große humanitäre und politische Anstrengung der Weltgemeinschaft. Anstatt auf Flüchtlingsabwehr zu setzen, müssten die Fluchtursachen bekämpft werden. Dazu unterbreiten die Antragsteller eine Reihe von Vorschlägen in unterschiedlichen Bereichen. So soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die diplomatischen Anstrengungen bei der Bearbeitung und politischen Beilegung aktueller Krisen sowie die zivile Krisenprävention massiv zu verstärken. Innerhalb der EU und in den EU-Außenbeziehungen solle die Bundesregierung auf die verbesserte Anerkennung nationaler Minderheiten und die Verbesserung ihres Schutzes vor Diskriminierung drängen. Darüber hinaus sollten die negativen Folgen unseres Wirtschaftens für andere Weltregionen abgestellt und Armut und Zukunftslosigkeit bekämpft werden. Die Bundesregierung soll auch aufgefordert werden, das Klima zu schützen, die ärmsten Staaten bei der Anpassung an Klimaveränderungen entschieden zu unterstützen und Klimaflüchtlinge zu schützen. Aufnahme- und Transitländer sollen bei der Unterbringung und Versorgung sowie bei der Stabilisierung und der Integration der Geflüchteten in die Gesellschaft aus humanitären Gründen unterstützt werden. Die multilaterale Kooperation bei der Festsetzung globaler Maßnahmen und Regeln für mehr globale Gerechtigkeit und Klimaschutz soll vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen gestärkt werden. Schließlich sollen Entwicklungs- und Migrationspolitik stärker verschränkt und legale Fluchtwege und Migrationsmöglichkeiten geschaffen werden.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/7039 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/7046 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Keine.

Zu Buchstabe b

Keine.

D. Kosten

Zu Buchstabe a

Keine.

Zu Buchstabe b

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 18/7039 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 18/7046 abzulehnen.

Berlin, den 27. Januar 2016

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Berichtersteller

Roderich Kiesewetter
Berichtersteller

Dr. Ute Finckh-Krämer
Berichterstellerin

Wolfgang Gehrcke
Berichtersteller

Claudia Roth (Augsburg)
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Roderich Kiesewetter, Dr. Ute Finckh-Krämer, Wolfgang Gehrcke und Claudia Roth (Augsburg)

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/7039** in seiner 146. Sitzung am 17. Dezember 2015 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie, dem Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/7046** in seiner 146. Sitzung am 17. Dezember 2015 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Zu Buchstabe a

Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) ist die Zahl der Flüchtlinge in den letzten Jahren so rasant wie noch nie seit Beginn der Erfassung gestiegen. Weltweit sind knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Auch die Zahl der Flüchtenden, die in Europa ankommen, ist stark angestiegen. Nach Auffassung der Antragsteller tragen auch die westlichen Staaten, darunter Deutschland, einen beträchtlichen Teil der Verantwortung dafür, dass Menschen fliehen müssen. Der „Krieg gegen den Terror“ habe seit 2001 vielen Menschen das Leben gekostet und noch mehr Menschen heimatlos gemacht. Auch strukturelle Gewalt könne Menschen in die Flucht treiben. Dazu zählen nach Ansicht der Antragsteller auch die Freihandelsabkommen der Europäischen Union, die die Profite europäischer Konzerne erhöhen sollen und die zu Lasten sowohl der Lohnabhängigen und der Verbraucherinnen und Verbraucher als auch der kleinen Produzentinnen und Produzenten insbesondere in den Länder des Südens gehen. Auch der größere Energie- und Rohstoffverbrauch in den Industrieländern lasse die ökologische Schuld des Nordens weiter anwachsen. Migration könne ein wichtiger Bestandteil von wirtschaftlicher Entwicklung sein, wenn legale Möglichkeiten zur Migration in die EU gefördert würden. Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung in dem Antrag zu einer ganzen Reihe von Maßnahmen oder Unterlassungen aufgefordert, die nach Ansicht der Antragsteller die Fluchtursachen zu bekämpfen. Dazu zählen unter anderem ein sofortiger Stopp deutscher Rüstungsexporte, ein Verbot von Nahrungsmittelspekulation, die Bekämpfung von Steuervermeidung und Steuerflucht multinationaler Konzerne und die Orientierung der Außenpolitik auf eine aktive Friedenspolitik.

Zu Buchstabe b

Der Anstieg der Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 ist größer als je zuvor. Über 60 Millionen Menschen sind weltweit durch Krieg, Verfolgung, Klimakrise und existenzielle Not gezwungen, ihre bisherige Heimat zu verlassen. Die Bewältigung der Krise erfordert nach Auffassung der Antragsteller eine große humanitäre und politische Anstrengung der Weltgemeinschaft. Anstatt auf Flüchtlingsabwehr zu setzen, müssten die Fluchtursachen bekämpft werden. Dazu unterbreiten die Antragsteller eine Reihe von Vorschlägen in unterschiedlichen Bereichen. So soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die diplomatischen Anstrengungen bei der Bearbeitung und politischen Beilegung aktueller Krisen sowie die zivile Krisenprävention massiv zu verstärken. Innerhalb der EU und in den EU-Außenbeziehungen solle die Bundesregierung auf die verbesserte Anerkennung nationaler Minderheiten und die Verbesserung ihres Schutzes vor Diskriminierung drängen. Darüber hinaus sollten die negativen Folgen unseres Wirtschaftens für andere Weltregionen abgestellt und Armut und Zukunftslosigkeit bekämpft werden. Die Bundesregierung soll auch aufgefordert werden, das Klima zu schützen, die ärmsten Staaten bei der Anpassung

an Klimaveränderungen entschieden zu unterstützen und Klimaflüchtlinge zu schützen. Aufnahme- und Transitländer sollen bei der Unterbringung und Versorgung sowie bei der Stabilisierung und der Integration der Geflüchteten in die Gesellschaft aus humanitären Gründen unterstützt werden. Die multilaterale Kooperation bei der Festsetzung globaler Maßnahmen und Regeln für mehr globale Gerechtigkeit und Klimaschutz soll vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen gestärkt werden. Schließlich sollen Entwicklungs- und Migrationspolitik stärker verschränkt und legale Fluchtwege und Migrationsmöglichkeiten geschaffen werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 18/7039 in seiner 64. Sitzung am 27. Januar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 18/7039 in seiner 48. Sitzung am 27. Januar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/7039 in seiner 59. Sitzung am 27. Januar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 18/7039 in seiner 53. Sitzung am 27. Januar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 18/7039 in seiner 52. Sitzung am 27. Januar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 18/7046 in seiner 48. Sitzung am 27. Januar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/7046 in seiner 59. Sitzung am 27. Januar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 18/7046 in seiner 75. Sitzung am 27. Januar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 18/7046 in seiner 53. Sitzung am 27. Januar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 18/7046 in seiner 52. Sitzung am 27. Januar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/7046 in seiner 56. Sitzung am 27. Januar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/7039 in seiner 62. Sitzung am 27. Januar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/7046 in seiner 62. Sitzung am 27. Januar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 27. Januar 2016

Roderich Kiesewetter
Berichtersteller

Dr. Ute Finckh-Krämer
Berichterstellerin

Wolfgang Gehrcke
Berichtersteller

Claudia Roth (Augsburg)
Berichterstellerin

